

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen

Städtetag
Nordrhein-Westfalen

 **LANDKREISTAG**
NORDRHEIN-WESTFALEN

 Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Präsidenten
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Postfach 101143
40002 Düsseldorf

Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Fit für die Zukunft – Anhörung A 06 – 08.02.2019

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/1137

A06, A02

„Fit für die Zukunft europaktiver Kommunen – in eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU investieren“ - Drucksache 17/4120

Stellungnahme der AG der kommunalen Spitzenverbände NRW

Anhörung des Ausschusses für Europa und Internationales am 8. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Übersendung des oben genannten Antrags bedanken wir uns und nehmen gerne die Gelegenheit wahr, hierzu in Vorbereitung der für den 8. Februar 2019 geplanten Anhörung im Ausschuss für Europa und Internationales Stellung zu nehmen.

Der Antrag sowie die Beschlussvorlage werden vollumfänglich von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt.

Etwa siebzig Prozent der durch europäisches Recht gesetzten Vorgaben betreffen die Kommunen entweder direkt in ihren kommunalen Zuständigkeitsbereichen oder in ihrer Funktion als Umsetzungsinstanz europäischen Rechts auf nationaler Ebene. Europapolitik ist inzwischen in vielen Bereichen Kommunalpolitik und Kommunalpolitik ist Europapolitik. Die Kommunen wollen daher an der Gestaltung Europas mitwirken und so ihrer Verantwortung zum Gelingen des europäischen Integrationsprozesses gerecht werden.

Die Mehrzahl der politischen Zielsetzungen der Europäischen Union können nicht ohne die Kommunen verwirklicht werden. Die Kommunen müssen daher als vollwertige Partner in der Europäischen Union anerkannt werden. Nur partnerschaftlich kann Europa verwirklicht werden. Daher setzen sich die

31.01.2019

Städtetag NRW
Friederike Pischnick
friederike.pischnick@staedtetag.de
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
Aktenzeichen: 73.07.73D

Landkreistag NRW
Dr. Marco Kuhn
Erster Beigeordneter
Telefon 0211.300491.300
e-mail: m.kuhn@lkt-nrw.de
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
www.lkt-nrw.de
Aktenzeichen: 10.10.15.

Städte- und Gemeindebund NRW
Andreas Wohland
Beigeordneter
Telefon 0211 4587-223
Andreas.Wohland@kommunen.nrw
Kaiserwerther Straße 199 - 201
40474 Düsseldorf
www.kommunen.nrw
Aktenzeichen: 10.0.14-002

kommunalen Spitzenverbände seit langem für eine starke Rolle der Kommunen im EU-Mehrebenensystem ein.

1. Zusammenarbeit EU - Kommunen

Die Kommunen in Europa und die europäische Städtepartnerschaftsbewegung nehmen für sich mit Recht in Anspruch, einen gewichtigen Beitrag zur europäischen Integration geleistet zu haben. Sie bekennen sich zur Idee der europäischen Integration und sind auch in Zukunft bereit, sich für dieses Ziel zu engagieren.

Mit der Einführung des Prozesses der „Urbanen Agenda für die EU“ haben die Europäische Kommission und das Europäische Parlament einen wichtigen Schritt zur Aufwertung der Rolle der Kommunen im Mehrebenensystem getan. Die Urbane Agenda für die EU soll zu einer verbesserten Einbindung der kommunalen Ebene in die Entscheidungsprozesse der EU und zu einer sukzessiven Verbesserung der Rechtsetzung und Fördermittelverwendung führen.

Für eine bessere Rechtsetzung soll der Abschlussbericht der unter EU-Kommissionspräsident Juncker eingesetzten Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ sorgen. Der Abschlussbericht ist ein klarer Beleg für die Notwendigkeit der verbesserten Einbindung der regionalen und kommunalen Ebene. Von den neun Empfehlungen im Abschlussbericht der Taskforce behandeln vier die direkte Einbindung von Kommunen und Regionen. So empfiehlt die Taskforce der Kommission, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umfassend in ihre Konsultationsprozesse einzubeziehen. Ihre Beteiligung sollte dabei durch eine angemessene Gestaltung der Fragebögen gefördert werden und deren Stellungnahmen eine stärkere Sichtbarkeit erhalten. Wir unterstützen diese Empfehlungen der Taskforce umfassend.

Für die Zusammenarbeit zwischen EU-Land-Kommune empfehlen wir eine stringente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Das Instrumentarium wird derzeit noch nicht umfassend ausgeschöpft. So sollten bei allen EU-Gesetzgebungsvorschlägen die territorialen Auswirkungen systematisch berücksichtigt und bewertet werden. Hierzu sollten die Landesregierung und der Landtag sich in allen Phasen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens einbringen. Im Falle von kommunaler Betroffenheit sollten dabei die kommunalen Spitzenverbände ausführlich eingebunden werden.

2. Zusammenarbeit Land - Kommunen

a. Europaaktive Kommune

Die etablierte Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ des Landes wird von den Kommunen durchweg positiv wahrgenommen. Die unter der jetzigen Landesregierung getroffene Entscheidung, die befristete Auszeichnung der Kommunen aus der ersten Runde in eine dauerhafte Auszeichnung umzuwandeln, war richtig. Die Entscheidung signalisiert, dass bei der Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ nicht allein der Prozess zum Erreichen der Auszeichnung im Vordergrund steht, sondern die Auszeichnung auch danach weiter ihren Wert entfaltet. So stärkt der dadurch entstandene Dialog mit der Landesregierung die Beziehung zwischen Land und Kommunen. Die Möglichkeit zum Austausch der europaaktiven Kommunen unterstützt den Netzwerkgedanken und steigert die Sichtbarkeit der Kommunen und ihrer Europaarbeit bei der Landesregierung. Aus diesem Grunde begrüßen wir ausdrücklich, dass die Landesregierung den Dialog mit den europaaktiven Kommunen – wie auch mit den Europabeauftragten weiterer interessierter Kommunen – unter Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner weiterführt. Im Übrigen sprechen wir uns für die Institutionalisierung dieses Dialogformats aus und unterstützen Maßnahmen zur Stärkung der Sichtbarkeit der Auszeichnung zur europaaktiven Kommune.

b. Ansprechpartner in der Landesvertretung

Zu überlegen wäre überdies, wie die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und der Landesvertretung in Brüssel gestärkt werden kann. Eine Vielzahl an Kommunen ist bereits heute in Brüssel aktiv, um sich zu kommunalrelevanten Themen zu informieren oder ihre Arbeit zu präsentieren. Dazu greifen sie regelmäßig auf die Unterstützung durch die Landesvertretung zurück.

In diesem Zusammenhang regen wir an, dass innerhalb der Landesvertretung in Brüssel eine Ansprechpartnerin/ein Ansprechpartner für die kommunalen Spitzenverbände und Kommunen benannt wird. Die/der betreffende Landesbedienstete könnte insbesondere dafür Sorge tragen, dass kommunale Anliegen regelmäßig und frühzeitig in die Entscheidungsfindung der Landesvertretung sowie den Meinungsbildungsprozess auf europäischer Ebene eingebracht werden.

c. EU-Strukturförderung

Zwar befinden sich die Europäischen Institutionen gegenwärtig noch im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren für alle Fondsverordnungen für die Förderperiode 2021-2027, dennoch ist bekannt, dass bereits jetzt die erste Weichen für die Umsetzung auf Landesebene gestellt werden. Wir begrüßen daher, dass namentlich das Wirtschaftsministerium mit den kommunalen Spitzenverbänden bereits erste Gespräche zur Berücksichtigung der kommunalen Belange bei der Erarbeitung des Operationellen Programms für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2021-2027 für NRW geführt hat.

Im Zuge der Umsetzung insbesondere des EFRE wird es in einem nächsten Schritt darum gehen, innerhalb der fünf politischen Ziele konkrete Förderprogramme und –verfahren zu initialisieren. Im Blick auf diese Umsetzung muss die Landesregierung für ein möglichst hohes Maß an Transparenz sorgen und vorgelagerte Konsultationen mit betroffenen Gruppen und Verbänden suchen. Dazu gehört auch, dass die Stimme der Kommunen in den Begleitausschüssen zu den Strukturfonds aufgewertet wird.

d. Austauschprogramme

Der im Rahmen von ERASMUS+ bereits heute durchgeführte Austausch von Vertreterinnen und Vertretern lokaler und regionaler Gebietskörperschaften sollte – wie auch im Abschlussbericht der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ gefordert – weiter ausgebaut werden. Wir rufen Landesregierung und Landtag dazu auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Durchführung solcher Programme, insbesondere des Austausches von kommunalen Verwaltungsmitarbeiterinnen und –Mitarbeitern ermöglicht und vereinfacht wird. Darüber hinaus gehende eigenständige Programme der Landesregierung würden unsererseits begrüßt.

e. Europa bei uns zuhause

Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass auch 2019 ein neuer Aufruf für den Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“ geplant ist. Das Programm, das vor allem kleinere Begegnungsprojekte der Bürger, wie Städtepartnerschaftsprojekte, fördert, ist sinnvoll und sollte unbedingt weitergeführt werden. Über die dadurch geförderten Projekte wird Europa „ein Gesicht gegeben“ und ein europaweites Miteinander gefördert. Da es sich vor allem um Kleinstprojekte handelt, sollte bei den Fördermodalitäten unbedingt auf Einfachheit bei der Antragsstellung geachtet werden.

Unser Eindruck ist es, dass sich die Landesregierung in seiner Europaarbeit derzeit stärker auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten konzentriert. Davon profitiert das Land insgesamt. Allerdings sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Nordrhein-Westfalen aus einer Vielzahl an Kommunen besteht, die sich nicht an den Grenzen des Landes befinden. Hier sollte ein Ungleichgewicht vermieden und die sonstige Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten nicht negativ beeinflusst werden.

f. Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Viele Bürgerinnen und Bürger sind verunsichert und verlieren das Vertrauen in die Stärke und den Zusammenhalt der EU. In dieser Situation sehen sich die Kommunen in der Verantwortung, ein klares Bekenntnis zur europäischen Integration abzugeben. Insbesondere vor dem Hintergrund vermehrt europa- und demokratiekritischer Stimmen stellt sich für uns die Frage, ob die Landesregierung beabsichtigt, eine überparteiliche Europa-Kampagne durchzuführen. Insbesondere vor dem Hintergrund der regelmäßig im Mai stattfindenden Europatage und der in diesem Jahr stattfindenden Europawahl werden dezidierte Ansätze der Landesregierung in unterschiedlichster Form auf kommunaler Ebene vermisst. Hier gilt es, das Potenzial der kommunalen Ebene als erklärende, aber auch umsetzende Ebene von europäischer Politik vor Ort zu heben. Dafür stehen die Kommunen gerne zur Verfügung.

Für eine Berücksichtigung unserer Anregungen bedanken wir uns bereits jetzt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Dr. Marco Kuhn
Erster Beigeordneter
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

Andreas Wohland
Beigeordneter
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen